

Erhalt der Schulsozialarbeit in Bremen!

Der SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt fordert den Senat auf,

- 5 1. sich beim Bund für eine Fortsetzung der Finanzierung des Projekts „Schulsozialarbeit“ einzusetzen,
2. bereits jetzt eine tragfähige Lösung zu entwickeln, damit sämtliche Stellen von Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeitern in Bremen auch über das Schuljahresende hinaus bis zu einer positiven Entscheidung des Bundes erhalten
10 bleiben, und dafür Sorge zu tragen, dass alle bisherigen Schulstandorte bei einer erneuten Stellenvergabe berücksichtigt werden,
3. darüber hinaus alle Schulen in schwieriger Lage mit Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeitern auszustatten.
15

Begründung:

Am 31.12.2013 ist das bis dahin von der Bundesregierung über das Programm „Bildung und Teilhabe“ finanzierte Projekt „Schulsozialarbeit“ beendet worden. 30 der in Bremen bestehenden 50 Stellen werden noch bis zum 31.07.2014 durch den Bremer Senat weiter bezahlt, dann fallen auch diese Stellen nach jetzigem Stand weg. Eine Weiterfinanzierung durch den Bund – wie vor der Bundestagswahl 2013 gehofft – ist im Koalitionsvertrag nicht vorgesehen. Im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen hatte Jens Böhrnsen darauf hingewiesen, dass die Finanzierung der Schulsozialarbeit aus den für den Bildungsbereich der Länder zur Verfügung gestellten 4 Mrd. Euro (Bremer Anteil 60 Mio.) möglich sei.

In den ca. 2 1/2 Jahren Erfahrung mit Sozialarbeit vorrangig an Ganztagschulen in schwieriger Lage ist deutlich geworden, dass die Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter aus den Schulen nicht mehr wegzudenken sind: Schulen in schwieriger Lage (Brennpunktschulen) haben die besondere Herausforderung, dem hohen Prozentsatz an „Kindern in Armut“ in Bremen (30%) die Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu brauchen sie nicht nur Lehrkräfte, sondern Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter, die als Mitglieder des Zentrums für unterstützende Pädagogik an der individuellen Entwicklung von Kindern mit unterschiedlichen Problemlagen und Förderbedarfen mitwirken. Das Hauptaugenmerk der Schulsozialarbeit liegt auf der sozialen Unterstützung und Beratung sowie der Vernetzung zwischen Schule, Elternhaus, Lebensumfeld der Kinder und außerschulischen Institutionen.

Besonders die Integration von Zuwandererkindern erfordert ein hohes Maß an Begleitung durch die Schulsozialarbeiterinnen/Schulsozialarbeiter, damit sie und ihre Eltern

sich in unseren für sie ungewohnten gesellschaftlichen und kulturellen Gegebenheiten zurechtfinden.

Bildungsgerechtigkeit ist ein Ziel, das sich die regierungsbildenden Parteien in Bremen in den Koalitionsvertrag geschrieben haben. Jede vergleichende Bildungsstudie (Vera, Pisa, etc.) hat in den letzten Jahren gezeigt, dass der Zusammenhang von sozialer Herkunft und Schulerfolg in Bremen eine bedeutsame Ursache für das schlechte Abschneiden der Hansestadt in Bildungsvergleichen ist. Darauf muss der Bremer Senat reagieren. Schulsozialarbeit ist dabei ein unverzichtbarer Faktor.